



Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 15. März 2010

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Regierungskoalition verabschiedet den ersten Haushalt dieser Legislaturperiode:** Mit der Absenkung der Nettokreditaufnahme um 5,6 Mrd. Euro auf 80,2 Mrd. Euro gegenüber dem Entwurf des Haushalts dokumentiert die christlich-liberale Koalition ihren Willen zur Konsolidierung. Dies ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahre 2016, die die schrittweise Reduzierung des strukturellen Defizits auf dann 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgibt. Mit Blick auf die noch nicht vollständig bewältigten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es ebenso von großer Bedeutung, dass den Ausgaben für öffentliche Investitionen eine klare Priorität gegeben wird. Trotz der beachtlichen Kürzung der Ausgaben insgesamt werden die Investitionsausgaben auf ihrem Niveau gehalten, die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sogar weiter erhöht. Gerade in einer Situation, in der die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lage der öffentlichen Haushalte in Europa und in der Eurozone zunimmt, ist es wichtig, dass Deutschland als großes Mitgliedsland bei der Haushaltskonsolidierung mit gutem Beispiel vorangeht und mit seiner Haushaltspolitik als Stabilitätsanker dient.
- **Volkskammerwahlen vor 20 Jahren: Entscheidender Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit:** Am Donnerstag erinnern wir in einer Feierstunde an

den 20. Jahrestag der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Damals konnten die Menschen in der damaligen DDR erstmals in einer freien, gleichen und geheimen Wahl über die Zusammensetzung ihres Parlaments entscheiden. Ihre Entscheidung war eindeutig: drei Viertel der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme für Parteien ab, die sich für eine schnelle Wiedervereinigung einsetzten. Mit 48 Prozent wurde die aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch bestehende „Allianz für Deutschland“ mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft in der letzten Volkskammer.

Nach über vierzig Jahren linker Diktatur, nach Unterdrückung und sozialistischer Misswirtschaft votierten die Ostdeutschen für Freiheit, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft. Sie stimmten für die Werte des Grundgesetzes. Und sie machten klar, wem sie den politischen Weg zu einem gesamtdeutschen Staat am ehesten zutrauten: Bundeskanzler Helmut Kohl und der Union in Ost und West.

Die Volkskammerwahl war eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Sie war die Krönung der Anstrengungen der ostdeutschen Demokratiebewegung und schuf die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit der Regierung der DDR unter Führung von Lothar de Mazière und der Bundesregierung, die in die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mündete. Der 18. März 1990 verdient deshalb einen Ehrenplatz unter unseren Gedenktagen.

- **Runden Tisch zur Verhinderung von Kindesmissbrauch einrichten:** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und Bundesbildungsministerin Annette Schavan zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Verhinderung von Kindesmissbrauch. Aufgabe des Runden Tisches muss es sein, die Prävention zu verbessern. Dafür ist ein breiter Dialog nötig, an dem Vertreter aller gesellschaftlich relevanter Akteure teilnehmen. Eine Verengung auf eine spezielle Gruppe würde dem Ansinnen, die Zahl der Fälle von Kindesmissbrauch präventiv deutlich zu senken, nicht gerecht werden. Es ist selbstverständlich, dass auch Vertreter des Bundesjustizministeriums zu diesen Gesprächen eingeladen werden, auch wenn juristische Aspekte nicht im Zentrum der Initiative der Bundesfamilienministerin stehen. Denn es geht nicht primär um strafrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen,

sondern vor allem um zivilgesellschaftliche Prävention und Verhaltensregeln im Umgang mit Kindesmissbrauch.

II. Die Woche im Parlament:

- In zweiter und dritter Lesung steht in dieser Woche der **Bundeshaushalt 2010** zur Verabschiedung an. Es ist ein Übergangshaushalt, in dem sich die finanziellen Auswirkungen der noch nicht überwundenen internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise widerspiegeln. In 310 Änderungsanträgen sind die Ausgabenansätze gegenüber dem Entwurf um insgesamt 5,9 Mrd. Euro nach unten korrigiert worden. Damit wurden im Haushalt 2010 erste Pflöcke für den ambitionierten Konsolidierungspfad der Koalition in den nächsten Jahren eingeschlagen.
- In einer Feierstunde erinnern wir uns in dieser Woche an den **20. Jahrestag der Volkskammerwahl** am 18. März 1990.

III. Daten und Fakten

- **Anteil der unbefristeten Vollzeitjobs konstant:** Die Quote der unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist über die letzten zehn Jahre konstant geblieben. Genau wie vor zehn Jahren haben heute vier von zehn Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einen unbefristeten Vollzeitjob. Dagegen hat der Anteil der unbefristeten Teilzeitstellen auf heute zehn Prozent stark zugenommen. Deutliche Zuwächse gab es auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Gleichzeitig ist der Anteil der Nichterwerbstätigen zurückgegangen. Das bedeutet, dass per Saldo vor allem diejenigen von der Ausweitung der geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse profitiert haben, die vorher keiner bezahlten Beschäftigung nachgegangen sind.

Dagegen gibt es keine Hinweise auf eine Umwandlung unbefristeter Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse in geringfügige oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

- **Deutschland weltspitze bei forschungsintensiven Industrien:** Deutschland gehört weltweit zu den größten Produzenten und Exporteuren forschungsintensiver Güter. Fast 50 Prozent der Gesamtwertschöpfung stammt in Deutschland aus forschungsintensiver Produktion und wissensintensiver Dienstleistungen. Das ist so viel wie in keinem anderen Land. 1995 hatte der Anteil forschungsintensiver Produktion noch lediglich 42 Prozent betragen.

Die starke Fokussierung auf forschungsintensive Güter und Dienstleistungen bildet nach Meinung von Experten die Grundlage dafür, dass Deutschland gestärkt aus der aktuellen Wirtschaftskrise hervorgehen wird.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

- **Arbeitskosten im 4. Quartal 2009 leicht gesunken:** Die Arbeitskosten pro Stunde sind im vierten Quartal 2009 im Vergleich zum vorangegangenen Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,4 Prozent gesunken. Damit setzte sich der Trend aus dem dritten Quartal 2009 (– 0,2 Prozent) fort. Der mit Beginn der Wirtschaftskrise im vierten Quartal 2008 (+ 2,3 Prozent) und im ersten Quartal 2009 (+ 1,4 Prozent) festgestellte deutliche Anstieg der Arbeitskosten ist gestoppt.

Auch im Vorjahresvergleich stiegen die kalenderbereinigten Arbeitskosten mit 1,6 Prozent deutlich schwächer an als in den vorangegangenen vier Quartalen, in denen die Wachstumsraten des Arbeitskostenindex zwischen 4,3 Prozent und 5,3 Prozent lagen.

Für die Arbeitgeber ist neben den Arbeitskosten auch die Anzahl der von den Arbeitnehmern geleisteten Arbeitsstunden bedeutend. Mit Beginn der Wirtschaftskrise blieb das Volumen der Arbeitskosten nahezu unverändert, durch den Abbau von Überstunden auf Arbeitszeitkonten sowie verstärkte Kurzarbeit arbeiteten und produzierten die Arbeitnehmer aber weniger. Dies verteuerte aus Sicht des Arbeitgebers den Produktionsfaktor Arbeit. Im Jahr 2009 stiegen die Arbeitskosten je geleisteter Stunde im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozent an. Dies war der stärkste Anstieg seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1996.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

